

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktäglich Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 G. Pfg. freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 Goldmark, v. außerhalb des Bezirkes 0,20 Goldmark, 3 gesp. Reklamezeile 0,45 Goldmark, Hinweife auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 Goldmark, Nachweise- und Offertengebühr 0,20 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 9. Postfachkonto Amt Leipzig Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank zu Goldschmidt Waldenburg. Stadtkontokonto Waldenburg 16. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zögerlicher Zahlung wird der Rechnungsbetrag mit Zinsen erhöht.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvorleger-Bereins (G. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenschürsdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolfenburg bei Herrn Emsu Friedemann; in Penzig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirßen.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Pfändung, Einnahmen im Betrieb der Druckerei oder unter dieser hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Sugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenschürsdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolfenburg und Ziegelheim.

Nr. 236

Mittwoch, den 8. Oktober 1924

47. Jahrgang.

Frankreichs Antwort auf das deutsche Memorandum.

Das Reichskabinett hielt am Montag eine Sitzung ab, um zur Regierungsumbildung Stellung zu nehmen.

Zu Berlin wurde am Sonntag der 23. Weltfriedenskongress eröffnet.

Die Reichstagsauflösung wird immer wahrscheinlicher.

Die Reglebahnen werden am 16. November übergeben.

Gegen den früheren Staatsbankpräsidenten Vöb ist die Voruntersuchung eröffnet worden.

Die nächste Tagung des Völkerbundrates findet am 9. Dezember in Rom statt.

Das deutsche Memorandum über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund soll in den nächsten Tagen beantwortet werden. Frankreich hat bereits geantwortet.

Im Seine-Departement fanden am Sonntag 13 Versammlungen gegen die Forderung statt.

Der Sturz der Regierung Macdonalds wird für unvermeidlich gehalten.

Zu Serbien werden Erleichterungen für das Deutsche eingeleitet.

Präsident Coolidge sprach sich für eine Unterstützung Deutschlands aus.

Waldenburg, 7. Oktober 1924.

In dem reizvoll gelegenen Koburg, der Hauptstadt des gleichnamigen früheren Herzogtums, das durch Volksabstimmung mit dem Freistaat Bayern vereinigt ist, befinden sich zurzeit drei „Hofhaltungen“. Es leben dort der frühere Herzog Karl Eduard von Koburg und Gotha, der ehemalige König Ferdinand von Bulgarien, der 1918 nach dem Versagen seiner Truppen abgedankt und sein Land verlassen hat, ebenfalls ein Angehöriger des Hauses Koburg, und endlich der Großfürst Kyryll von Rußland, vermählt mit der Prinzessin Viktoria Melitta von Koburg, der sich unlängst in einer Proklamation als Zar aller Russen bezeichnet hat.

Das Recht dazu hat er unstrittig. Er ist, nachdem der letzte Zar Nikolaus mit seiner Gemahlin, dem Thronfolger Alexei und seinen vier Töchtern im Juli 1918 im Uralgebirge von bolschewistischen Soldaten erschossen worden ist und dessen jüngerer Bruder Michael im Kaukasus ebenfalls ein gewaltsames Ende gefunden hat, nach dem Rechte der Erstgeburt das Haupt des Hauses Romanow. Großfürst Kyryll ist der älteste Sohn des verstorbenen Großfürsten Wladimir, des nächstjüngeren Bruders des Zaren Alexander III., des Vaters des ermordeten Nikolaus, also dessen direkter Vetter und unmittelbarer Erbe. Es fällt nur auf, daß er jetzt mit seinem Thronanspruch hervortritt, nachdem sein „Vorgänger“ schon vor sechs Jahren aus dem Leben geschieden ist.

Der neue Zar hat schon vor dem Weltkriege häufig in Koburg gewohnt und sich dort sehr zwanglos gegeben. Er hat mit seiner Gemahlin häufig Automobilsfahrten in den nahen Thüringer Wald unternommen, und das Paar ist in der Bevölkerung sehr beliebt geworden, da es zwanglos in einfachen Wirtschaften der Waldhäuser absteigt, um eine Mahlzeit einzunehmen. Den Eindruck eines ehrgeizigen Mannes hat der Großfürst nicht gemacht, und er hat auch in seiner vorsichtigen Zaren-Proklamation bewiesen, daß er nicht gewillt ist, durch irgend welche Gewaltmittel seine Ansprüche zu verwirklichen.

Es wird in dem Schriftstück allerdings gesagt, daß der Not des russischen Volkes nur durch einen rechtmäßigen Zaren abgeholfen werden könne; aber der Großfürst vermeidet es doch, sich der Welt als Kyryll, Zar und Beherrscher aller Russen, zu präsentieren. Er ist im äußeren Verkehr mit dem Titel eines Großfürsten zufrieden und nur in Rußland soll man es wissen, daß er für eine Nachfolge des toten Nikolaus in Betracht kommt. Diese Umstände dürften auch den Schlüssel für den Grund zum Erlaß der Proklamation geben. Andere Mitglieder des Hauses Romanow hegen wohl die Hoffnung, daß sich nach dem Tode des rücksichtslosen Diktators Lenin die Zustände im einstigen Zarenreiche wieder ändern könnten und haben daher auf Mäßigkeit der Thronfolgefrage gedrungen. Bileicht hat auch der gewalttätige Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch, der in der ersten Hälfte des Weltkrieges General-

simus gewesen ist, seinen Neffen Kyryll wissen lassen, daß er, Nikolajewitsch, sich selbst als Zar proklamieren würde, wenn Kyryll sich nicht dazu sollte entschließen können.

So ist denn auf dem Papier dem heutigen Sowjet-Rußland ein neues monarchisches Oberhaupt gegeben worden, ein Zar ohne Land. Er hat es durch den Wortlaut vermieden, dem Deutschen Reich gegenüber Rußland Angelegenheiten zu bereiten. In die Zukunft kann niemand schauen, aber Kyryll gibt sich zum Unterschied von seinen Verwandten sicher nicht der Illusion hin, daß die Romanows so bald wieder ihren Einzug in Petersburg halten werden. Es kann dahin gestellt bleiben, ob das russische Volk unter der Herrschaft des Bolschewismus von der monarchischen Gesinnung wirklich zum überzeugten Anhänger der Republik geworden ist, denn die Hauptsache ist eigentlich unverändert geblieben. Auch der verstorbene Lenin war nämlich im Grunde seines Wesens Alleinherrscher, wie es früher die Zaren gewesen waren.

Der Nachfolger Lenins reicht aber nicht an ihn heran, und darauf gründet sich wohl die Erwartung der Romanowschen Agnaten. Aber der Bolschewismus hat die Grundlage für seine Macht sehr fest gebaut, dieses Fundament ist mit Blut gefestigt. Alle Personen, die im Verdachte standen, Anhänger des Zarenismus und bereit zu sein, für die Wiedererrichtung der Monarchie einzutreten, haben ein schonungsloses Ende durch Pulver und Blei gefunden, und die Masse gehorcht dem Terror, dem Schrecken aus Moskau. So wird Kyryll für absehbare Zeit wohl noch ein Zar ohne Land bleiben!

Eine Richtigstellung.

Zur Umbildung der Reichsregierung.

Von einer der Deutschen Volkspartei angehörigen Stelle wird zu den verschiedenen in Umlauf befindlichen Gerüchten über die Erweiterung der Reichsregierung, insbesondere über die Einbeziehung der Deutschnationalen folgendes erklärt:

Ueber die Verhandlungen zwischen dem Reichsminister und den Regierungsparteien sind trotz der Vertraulichkeit eine ganze Reihe von Gerüchten verbreitet. So wird u. a. berichtet, die Vertreter der Deutschen Volkspartei hätten erklärt, es sei ihnen nicht anwillkommen, wenn der Eintritt der Deutschnationalen bis über den 10. Januar hinaus verschoben würde, weil, falls bis zu diesem Termin das Ruhrgebiet geräumt würde, dann nicht den Deutschnationalen der Ruhm für einen solchen Erfolg in den Schoß fallen sollte. Von autoritativer Seite der Volkspartei wird dazu nun erklärt, daß eine ähnliche Äußerung zwar gefallen ist, aber von einer ganz anderen Seite und daß sie von den Vertretern der Deutschen Volkspartei sofort scharf bekämpft wurde. Es wird ferner festgestellt, daß die Deutsche Volkspartei auch bei diesen Besprechungen mit allem Nachdruck für möglichste Beschleunigung des Abschlusses mit den Deutschnationalen eingetreten ist.

Coolidge und der Dawesplan.

Für Unterstützung Deutschlands.

Der amerikanische Präsident Coolidge hat am Sonntag in Washington eine aufsehenerregende Rede gehalten, in der er sich mit dem Dawesplan und dessen Auswirkung auf Deutschland befaßte.

Coolidge betonte in seiner Rede mit Nachdruck, es sei Amerikas Wunsch, daß die Alliierten zu ihrem Gelde kämen und Deutschland durch Hebung seiner Produktivität dazu befähigt würde, die Lasten der Reparationen zu tragen. Zur Erreichung dieses Zieles unterstütze Amerika den Dawesplan, aus dessen Geist jede politische Erwägung ausgeschaltet werden soll. Die amerikanische Regierung sei der geistige Urheber gewesen, die Sachverständigen hätten dann unabhängig

von jeder Regierung das als Dawesplan bekannte Gebäude ausgebaut. Nunmehr gelte es, die Annahme Deutschlands zu rechtfertigen, daß Amerika zur Finanzierung des Europa-Planes beitrage.

Präsident Coolidge ist der Ansicht, dadurch werde nicht nur der Wiederaufbau Europas gefördert, sondern zu gleicher Zeit auch für die amerikanischen Produkte ein größerer Absatzmarkt geschaffen. Darüber hinaus bleibe aber Amerika die Genugtuung, daß es alles getan habe, was in seiner Macht stand, um den Kriegsschmerz zu beseitigen. Für dieses Ziel solle sich Amerika immer einsetzen.

Amerikas Außenpolitik.

Zur gleichen Zeit wie Coolidge in Washington hat auch der amerikanische Staatssekretär Hughes in Cincinnati eine politische Ansprache gehalten, in der er sich mit der auswärtigen Politik des Landes befaßte. Hughes erklärte, daß Amerika auf der Abrüstungskonferenz vertreten sein werde, und fuhr fort: „Der einzige Weg, die Abrüstung durchzuführen, besteht in der Zusammenarbeit mit den anderen Nationen, und die Regierung ist entschlossen, das in weitgehendem Maße zu verwirklichen. Die Zusammenarbeit kann nur in der Aufrechterhaltung einer gesunden auswärtigen Politik zum Ausdruck kommen.“

Politische Mundschau.

Deutsches Reich.

Entwurf zum Journalistengesetz. Nach einer Meldung aus Berlin hat das Reichsinnenministerium jetzt beschlossen, den Entwurf zum Journalistengesetz der Öffentlichkeit zu unterbreiten, um ihr Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen. Außerdem wird zu dem gleichen Zweck ein von den Verlegern eingereichter Kompromißvorschlag veröffentlicht werden, der in dem Entwurf des Gesetzes noch nicht berücksichtigt worden ist.

Deutsch-polnische Eisenbahnkonferenz. In Lemberg tagt seit einiger Zeit eine deutsch-polnische Eisenbahnkonferenz, welche die Regelung des Transitverkehrs von Deutschland nach Rumänien über Polen zur Aufgabe hat.

Der 23. Weltfriedenskongress ist am Sonntag in Berlin eröffnet worden. Präsident des Kongresses ist der belgische Senator La Fontaine. Mit besonderem Beifall wurde der Völkerbunddelegierte Fridtjof Nansen begrüßt. Der Norweger sprach nur wenige Worte: Die diesmalige Arbeit des Völkerbundes sei die wichtigste und bedeutendste seit seiner Begründung gewesen. Es habe sich ein deutlich erkennbarer Wandel der Ansichten gezeigt, und wenn auch nur ein Anfang gemacht worden sei, so hoffe er doch, daß die zukünftigen Arbeiten des Völkerbundes Europa den wahren Frieden bringen würden. Reichstagsabgeordneter Doebe gedachte der verstorbenen Vorkämpfer der Friedensidee. Er schloß mit der Forderung: „Hinein in den Völkerbund! Hinein in das Genfer Abrüstungsabkommen!“

Um die Bewährungsfrist für Hitler. Wie aus München gemeldet wird, unterstellt es der Strafsenat des bayerischen obersten Landesgerichtes als richtig, daß Hitler, Kriebel und Dr. Weber, die letzten beiden unter direkter Führung, vom Frontbann und seinen Zielen wußten. Eine ausschlaggebende Wirkung auf die Bewährungsfrist erhält aber diese Tatsache nur dann, wenn der Frontbann eine Fortführung der verbotenen Kampfverbände sei. Es ist deshalb mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Entscheidung in den Fällen Weber und Kriebel von der Entscheidung des Staatsgerichtshofes in Leipzig abhängt und bis dahin ausgesetzt wird. Ob das auch für Hitler gilt, hängt von den Ergebnissen der Meinprüfung ab, die vom Senat gegenwärtig vorgenommen wird und die noch einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Zum Abbau Leinerts. Unabhängig von dem vom Magistrat der Stadt Hannover gegen Oberbürgermeister Leinert beantragten Disziplinerverfahren hatte das Bürgerverhörerkollegium beschlossen, das frühere Wählerverfahren wieder aufzuheben und einen dementsprechenden Beschluß gefaßt. Dieser Beschluß ist seiner-